

"Die Schwierigkeiten der Grünen Gemeinschaft" in Le Figaro (10. August 1954)

Legende: Am 10. August 1954 untersucht der Agrarwissenschaftler Pierre Fromont, Mitglied der Académie française d'agriculture und Gegner jeglicher Form des europäischen Dirigismus in der Landwirtschaft, in der französischen Tageszeitung Le Figaro die Schwierigkeiten beim Aufbau eines Europas der Landwirtschaft.

Quelle: Le Figaro. dir. de publ. BRISSON, Pierre. 10.08.1954, n° 3085; 128e année. Paris: Le Figaro. "Les difficultés du pool vert", auteur:Fromont, Pierre , p. 1; 10.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_schwierigkeiten_der_grunen_gemeinschaft_in_le_figaro_10_august_1954-de-fc15a963-2c59-4376-831f-d6c2c51d73a9.html

Publication date: 06/07/2016



Die Schwierigkeiten der „Grünen Gemeinschaft“

von Pierre Fromont

Nahezu im Geheimen fand Anfang Juli in Paris das Treffen der Landwirtschaftsminister und Delegierten aus siebzehn europäischen Nationen statt. Ziel war es, die Arbeiten der Konferenzen fortzuführen, die versuchen, die Idee einer „Grünen Gemeinschaft“ in die Tat umzusetzen, seit Frankreich diese im Jahre 1950 aufgebracht hatte. Dieses Treffen konnte stattfinden, ohne die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen. Hierin zeigt sich wieder das leidige Verhalten derer, die voller Verachtung für die Massen und aus einer Art neuer politischer Bevormundung heraus versuchen, diesen Massen eine Organisation aufzuzwingen, über die man sie erst dann in Kenntnis setzen wird, wenn es zu spät ist, um darüber zu diskutieren. Diese Verschwiegenheit zeigt gleichzeitig die gravierenden Probleme, die die Umsetzung der ursprünglichen Idee heute verhindern.

Die Idee beruht nämlich auf dem Eingeständnis einer aktuellen Schwäche der außereuropäischen Anbieter. Die neuen Länder versorgten die dicht besiedelten Länder Westeuropas, solange sie sich selbst noch im Stadium von Agrarländern mit geringer Bevölkerungsdichte befanden. Seit die Bevölkerungszahl in diesen Ländern gestiegen ist und ein immer größerer Teil der Bevölkerung in der industriellen Produktion arbeitet, sollten sie die Tendenz haben, ihre Ernte selbst zu verbrauchen. Diese sich so abzeichnende Tendenz ist unbestreitbar, aber sie vollzieht sich langsam, mit plötzlichen und großen Rückschritten. Derzeit erleben wir einen solchen Rückschritt. Die Erzeugung von Weizen, einem der wichtigsten Importgüter Europas, ist so schnell angestiegen, dass die Vereinigten Staaten allein Vorräte angelegt haben, mit denen sie ein Jahr lang den Bedarf des gesamten Welthandels decken könnten. Bei Milchprodukten wie beispielsweise Butter ist Überschuss ebenfalls die Regel geworden. Die europäischen Staaten müssen keine Knappheit fürchten; vielmehr erhalten sie täglich Besuch von Vertretern aus Übersee, die ihnen Waren zu wahren Ausverkaufspreisen anbieten. Die tatsächliche Gefahr liegt für die europäischen Länder nicht im Konsum von Importen, sondern darin, von Importen in solch riesigen Mengen und zu so niedrigen Preisen überschwemmt zu werden, dass ihre Landwirtschaft auf mehrere Jahre hinaus darunter zu leiden hätte. Sie fühlen sich verspottet, wenn man sie im Namen Europas zu Opfern auffordert, um die Herstellung und den Kauf europäischer Agrarerzeugnisse zu fördern, und in der Tat wurde ein Vorhaben, das sich durch seine Großzügigkeit und seine Logik auszeichnete, zu einem Witz.

Die Enttäuschung darüber ist um so bitterer, da die notwendigen Opfer immer größer werden. Die Notwendigkeit dieser Opfer war nie bestritten worden, es war ja bekannt, dass die Agrarpreise in der Alten Welt derzeit höher sind als die der Neuen; man hoffte jedoch, dass der Preisunterschied sich verringern würde.

Er erreicht jedoch unvorhersehbare Dimensionen: Französischer Weizen wird zu 4 100 Franc pro Zentner frei Grenze angeboten, während die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien ihn zu 2 100 Francs (franko an Bord) anbieten und Großbritannien den Handel verweigert, weil es den letztgenannten Preis zu hoch findet! Es ist wahr, dass Großbritannien dafür bekannt ist, im Handel kein Mitleid walten zu lassen; aber Deutschland, das von einigen als „rechtschaffener Europäer“ bezeichnet wird, nimmt französische Erzeugnisse nur ab, wenn ihre Preise nicht über den amerikanischen liegen. Das heißt zwar zweifellos, dass man nur Europäer ist, solange man nicht draufzahlen muss, aber angesichts derartiger Preisunterschiede denkt niemand mehr daran, den bevorzugten Verkauf von europäischen Produkten zu fordern. Natürlich bringt jedes Land regelmäßig vergleichbare Opfer, um das Überleben der eigenen Produzenten zu sichern; es tut dies für das Gemeinwohl, denn so sichert es sein Überleben; auf europäischer Ebene ist die Solidarität jedoch nicht so ausgeprägt, als dass diese Faktoren eine Rolle spielen könnten. Spanien war lange Zeit von den Vorverhandlungen über die „Grüne Gemeinschaft“ ausgeschlossen, da die Ideologie der spanischen Regierung der Mehrheit der Teilnehmer an diesem Projekt nicht passte; innerhalb einer Nation hingegen werden die Provinzen, deren Vertreter „gegen die Regierung“ stimmen, genau wie die anderen versorgt.

Dieser letztgenannte Faktor macht gleichzeitig einen grundlegenden und nicht nur gelegentlich auftretenden Umstand deutlich, der die Entstehung einer „europäischen Landwirtschaft“ behindert: die systematische Verwechslung von Politik und Wirtschaft. Ursprünglich ging es darum, die Versorgung Europas zu

verbessern. Die Integration der verschiedenen nationalen Landwirtschaftssysteme, d. h. die Aufgabe der nationalen Souveränität, war nur eine der möglichen Lösungen: In den Augen gewisser Personen ist sie die einzig denkbare Lösung; sie abzulehnen hieße, ein „schlechter Europäer“ zu sein. Hier handelt es sich um eine offensichtliche Verwirrung zweier Umstände. Den Völkern zur Aufgabe ihrer Hoheitsrechte zu raten, hieße, ihnen zu einer politischen Entscheidung zu raten, die aus politischen Beweggründen getroffen werden muss. Diese Entscheidung im Namen der Schaffung von Wohlstand zu verlangen, hieße zu leugnen, dass es da zwei völlig verschiedene Wertmaßstäbe gibt; anzunehmen, dass man für das „Linsengericht“ alles kaufen kann, ist nicht nur ein Denkfehler, sondern darüber hinaus auch noch ungeschickt.

Solch eine Entwicklung ist bedauerlich. In Europa ist noch einiges zu tun, um den verschiedenen Nationen zu helfen, mehr zu produzieren und zu handeln. Beispielsweise müssten im Westen Frankreichs mehrere Tausend Hektar Land aus dem Meer gewonnen werden; die französischen Ingenieure, deren Fähigkeiten niemand in Frage stellt, erkennen ohne Neid den Wissensschatz der Niederländer in diesem Bereich an; von diesem Schatz profitieren zu wollen, würde für Frankreich die Rückkehr zur Politik Colberts bedeuten. Darüber hinaus stehen an unseren Grenzen ganze Massen von Industriearbeitern, die gerne Wein trinken würden; dem Preis nach zu urteilen, den sie für ihr Bier zahlen, wäre es nicht schwierig, ihnen Wein anzubieten, der diesen Namen verdient, und dies zu einem vergleichbaren Preis; ein wenig Verständnis von Seiten der jeweiligen Regierungen würde ausreichen. Bescheidene Veränderungen dieser Art würden allen dienen; damit müssen wir anfangen, wenn wir Europa aufbauen wollen.

Pierre Fromont

Dozent an der Fakultät für Recht von Paris,

Mitglied der Akademie für Landwirtschaft